

Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Mit der 14 tägig erscheinenden Beilage „Der Rote Stern“ und den Beilagen „Die Zeitungs“, „Die Kommunistin“, „Der Jungprolet“, „Die Rote Eichel“.

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Gemeinden Dittersbach, Nieder-Pernsdorf, Goltendorf, Neu-Satzbrunn, Wastegiersdorf.

Anzeigenpreis: Die 10gepaltene Millimeterzeile od. deren Raum 10 Cent, pfeinig, Stellen- und Wohnungsanzeigen Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 5 Cent, pfeinig. — Kellern, Druck. Die Millimeterzeile 3gepaltene oder deren Raum im Text 50 Cent, pfeinig

Donnerstag, 12. Februar 1925.

Abonnementspreis: Bei wöchentlichem Erscheinen monatlich 2,00 M., wöchentlich 50 Pf., Einzelne durch Straßenhandl. u. Post 10 Pf. Redaktion und Expedition Breslau, Teichstr. 20. — Postfach 100. Breslau Nr. 644 — Fernsprecher: Breslau, Ring 8837.

Niedner leitet den Tscheta-Spikelprozess.

Ein Geisteskranker als Kronzeuge der Republik.

Leipzig, 12. Februar 1925.

Der Tscheta-Prozess bringt zunächst die Vernehmung des Spikels Neumann. Er selber muß zugeben, daß sein Vater und ein Bruder geisteskrank seien. Neumann berichtet hemmungslos die phantastischen Dinge über Attentatsplane auf Sedt, Stinnes, Holz, denen der Stempel der Unwahrheit auf der Stirn steht. Er wärmt auch die Schweregefahren von den Tscheta-Bossen und Dumbungesossen auf. Als einige der Verteidiger Neumann durch Fragen in die Enge trieben, erklärte plötzlich der Vorsitzende — der vorher bei den Auslagen Neumanns Zeit genug gehabt hatte — die Verteidiger möchten sich doch mit ihren Fragen beschranken (!). Der morgige Tag ist Sitzungsfest. Die Verhandlungen werden fortgesetzt am Freitag morgen.

Wir geben im folgenden einen ausführlichen und authentischen Bericht über den ersten Verhandlungstag wieder.

Der Gerichtsvorsitzende Niedner eröffnet die Vormittags-Sitzung mit den Worten: „Die Anklage lautet auf Mord, Hochverrat und andere Verbrechen.“ Rechtsanwalt Loewenthal benennt als Zeugen Gen. Sedert, M. d. R. und Gen. Leo Neubauer. Beide sind noch nicht erschienen. Sedert befindet sich in Untersuchungshaft. Loewenthal benennt außerdem den Vorsitzenden.

Niedner selbst als Zeugen

und verweist auf die gesetzliche Pflicht, als Zeuge aufzutreten. „Ich habe Herrn Niedner als Zeugen geladen. Ich betrachte ihn mit Recht als solchen.“ Niedner lehnt wiederholt diese Ladung ab. Der Rechtsanwalt Neumann unterläuft die Ablehnung. Darauf fordert Loewenthal einen Gerichtsbeschluss darüber, ob der Vorsitzende zum Auftreten als Zeuge verpflichtet sei oder nicht. Er fordert aber Gerichtsbeschluss ohne Teilnahme des Vorsitzenden selbst. Nach einer Reihe von Zusammenstößen zieht sich das Gericht zur Beratung zurück und der Antrag, die Gerichtsberatung ohne Teilnahme Niedners vorzunehmen, wird abgelehnt. Ebenso ist der weitere Antrag, daß der Vorsitzende als Zeuge auftritt, abgelehnt. Niedner erklärt, in der Kollision zwischen zwei Pflichten habe er sich für die richterliche Pflicht entschieden. Darauf stellt Loewenthal den Beweisanspruch, Niedner möge vernommen werden über den vorläufigen Prozess gegen Schmidt und Genossen, in dem unter Vorsitz Niedners das Gericht

die Behauptung eines Zusammenhanges zwischen der russischen Handelsdelegation oder Volkshaft mit kommunistischen Waffentransporten als unrichtig erlart

habe. Trotzdem behauptet jetzt die Anklageschrift vom Tscheta-Prozess, dieser Zusammenhang habe sich unbestreitbar ergeben. Loewenthal erklärt sich dann bereit, diesen Beweisanspruch bis zur Vernehmung der Angeklagten zurückzustellen. Darauf erfolgen verschiedene Vorstufe der Verteidiger Samter, Wagnato, Loewenthal und Marschner gegen verschiedene Maßnahmen, durch die die Verteidigung erheblich beschränkt ist. Die Gerichtsakten sind den Verteidigern nicht genügend zur Verfügung gestellt worden. Verschiedene Angeklagte, vor allem Sjon, sind so schwerkrank, daß sie unbedingt ein Hohrrohr notwendig haben. Zugleich mit dem Tscheta-Prozess läuft ein anderer Prozess, den Rechtsanwalt Wagnato zu verteidigen hat.

Aussitzrat Viktor Fraenk stellt eine ruckichtslose Verurteilung der Strafprozessordnung fest.

Die beiden Verteidiger des Angeklagten Skoblewski protestieren dagegen, daß Polizeibeamte mitten zwischen die Angeklagten gesetzt sind, wodurch der Verkehr der Angeklagten mit dem Verteidiger beschränkt wird. Der Vorsitzende veranlaßt schließlich, daß die Polizeibeamten sich anders gruppieren und daß ein Hohrrohr zur Verfügung gestellt wird. Darauf erfolgt kurz der Namensaufruf der Angeklagten. Der Angeklagte Margies verweigert, ebenso wie in der Voruntersuchung, jede Auskunft über seine Personalien. Der Angeklagte Hufe erklärt, die Behauptung, er sei wegen Betrugs verurteilt, als Verleumdung zum Zweck moralischer Erledigung. Der Angeklagte Skoblewski hat auf die Frage, ob er eigentlich Gorew heiße, ein kurzes „Nein!“ Er gibt an, in Sibirien geboren zu sein. Nach den seitherigen weiteren Angriffen auf das Gericht erfolgt nun ein mit aller Schärfe geführter Vorstoß der Verteidigung gegen das Gericht, insbesondere gegen den Vorsitzenden Niedner.

Die bestimmte Zusammensetzung des Gerichtshofes, vor allem die Person des Vorsitzenden wird als befangen abgelehnt. Rechtsanwalt Wolf eröffnet den Angriff im Namen der vier angeklagten Kommunisten. Er begründet den doppelten Antrag auf Ablehnung wegen Befangenheit mit ausführlicher Charakterisierung des Fall ausschließlich gegen die Kommunisten gerichteten Staatsgerichtshofes, bei dessen Besetzung die kommunistische Partei vollkommen ausgeschaltet ist. Er erklärt: „Insbesondere, als heute einige Sozialdemokraten Gerichtsbeisitzer sind. Die SPD hat vor zehn Tagen in einem Aufruf allen ihren Mitgliedern den erbittertesten Kampf gegen die Kommunisten auferlegt. Das bedeutet als disziplinarische Parteipflicht,

jeden Kommunisten als Feind zu behandeln.

Sozialdemokraten können jedenfalls niemals gerechte Richter gegen Kommunisten sein.

(Fortsetzung folgt siehe Seite 1)

Schutz für die Tscheta-Suffiz.

(Eigener Drahtbericht.)

Leipzig, 11. Februar 1925.

Der Tscheta-Gerichtshof hat sich an den sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Fleischer gewandt und Vorbeugungsmaßnahmen gefordert. Pflichtschuldist erklärt Fleischer folgende Bekanntmachung:

Verbot von Versammlungen auf dem Reichsgerichtsplatz.

Aus Verkehrs- und Sicherheitspolizeilichen Gründen wird vom Dienstag, den 10. Februar 1925 ab bis auf weiteres auf dem Reichsgerichtsplatz und den folgenden Straen: Hartorfstraße mit Friedrich-Hard-Anlage von der Karl-Tauchnitzstraße bis zur Albertstraße, Wachterstraße vom Ronigsplatz bis zur Grassstraße, Wilhelm-Schiffert-Straße von der Wachterstraße zur Grifflstraße, Wilhelm-Eckherth-Straße von der Wachlerstraße bis zur Beethovenstraße jede Ansammlung, Versammlung oder Demonstration verboten.

Ueber den Reichsgerichtsplatz und seine Umgebung wird aller der Belagerungszustand verhangelt. Die grüne Polizei Fleischer wird aufmarschieren, um zu verhüten, daß die Arbeiterkraft vor dem Gericht erscheint, in dem Proletariat wegen ihres Kampfes gegen kapitalistische Ausbeutung und gegen das Spikeltum zu den härtesten Strafen verurteilt werden sollen.

Neue Kommunistenverhaftungen!

Berlin, 12. Februar.

In Brandenburg wurden nach einer vorhergehenden Hausdurchsuchung zahlreiche Genossen, darunter der Landtagsabgeordnete Raeh verhaftet. Die Verfassung des letzteren ist ein glätter Bruch der Immunität.

Vom Tage.

Im Barmatazschuh erklärt der ehemalige „Vorwart“-Redakteur Dabidsohn, daß gewisse Führer der Sozialdemokratie regelmäßig an den Barmatgeschaften beteiligt seien. Man könne direkt davon sprechen, daß das, was er Beteiligung nenne, sich bis zu Ebert hinauf erstrecke!

Der Kassendirektor von der Staatsbank, Friedel, wurde verhohet, da er hohe Wertpapiere für sich selber vermerken lassen soll.

Für das Preußenkabinett Marx werden als Minister der bekannte Weinfreund Hermes, seiner Fischbeck und Severing in Frage kommen.

Der ebdgultige Bericht der interalliierten Militärkontrollkommission wird — wieder einmal — ganz bestimmt für Ende der Woche angekündigt.

In Verhandlungen zwischen Parker Gilbert und dem englischen Schaham soll angeblich eine Einigung über die Umwandlung der 26prozentigen Reparationsabhange in eine Baukaufzahlung erzielt worden sein.

Den sterreichischen Faschisten werden an Hand von Dokumenten die Verbindung mit den Leutschnationalsozialisten und den ungarischen Monarchisten nachgewiesen. Hinter dieser internationalen reaktionären Veremung steht, so wird nachgewiesen, vor allem der Großgrundbesitz.

Erste Erfolge der Werbearbeit!

Ein Arbeiter, Genosse Fischer sammelte

in Breslau 6 Abonnenten!

in Gorbisdorf 2 Abonnenten!

Ein Arbeiter aus Schomberg bei Beuthen hat in drei Tagen mit alten November-Exemplaren 16 Abonnenten gewonnen!

Genossen, machts nach!

Barmat und Tscheta.

Von Arthur Rosenberg.

Am 10. Februar begann in Leipzig vor dem Staatsgerichtshof der Prozess gegen Neumann und Genossen, der sogenannte Tscheta-Prozess, in dem die Bourgeoisie die kommunistische Partei tödlich treffen will. Zur selben Zeit spielt sich vor der deutschen Öffentlichkeit ein anderer Prozess ab. Angeklagte sind Barmat, Bauer und Genossen, und wer in diesem Prozess tödlich getroffen wird, das ist die deutsche schwarz-rot-goldene Republik. Eine eigenartige Lösung des Schicksals. Die sittliche Entrüstung aller guten Staatsbürger sollte im Februar 1925 die SPD, die verrufene Partei der Choleraabazillen, der Giftmorde und Attentate, niedersturzen. Derselbe Monat Februar wird zu einer Katastrophe ohnegleichen für die Drahtzieher des ganzen Manövers. Der Staatsgerichtshof in Leipzig soll die Republik schützen, aber er kann die Barmat-Sturmflut nicht aufhalten, oder vielmehr die Schmutzflut nicht aufhalten, die sich über das öffentliche Leben der deutschen Republik ergießt.

Es ist nichts Kleines, was sich bisher in der Barmatangelegenheit abgespielt hat. Zur Ehedr gebracht ist bereits ein deutscher Reichsanwalt und ein deutscher Reichspostminister. Der Polizeipräsident von Berlin hat 5000 Mark genommen von Barmat. Der Vorsitzende der grösten republikanischen Partei im Preussischen Landtag war jahrelang Barmats Rechtsberater und Intimus bei der Durchführung aller Geschäfte. Der Reichswirtschaftsminister hat mit Barmat feierlich die Lebensmittelschafte gemacht und ihm die Ausfuhrbewilligung für Papier erteilt in einer Zeit, als das Papier in Deutschland sehr knapp war. Herr Barmat hat zusammen mit der deutschen Republik in Spanien eine große Margarinefabrik besessen. Das vermittelnde Glied zwischen diesen beiden Rechtsobjekten war Reichsanwalt a. D. Bauer. Inzwischen wurde diese Margarinefabrik in Grund und Boden gewirtschaftet und steht jetzt einem Millionenbesitzer gegenüber.

Und der Herr Reichspräsident hochselbst? Auf dem Testamente, das bei dem Preussischen Untersuchungsausschuß zum Vorschein gekommen ist, heißt es: „Das Auswärtige Amt hat neulich mitgeteilt, daß Barmat Bismarck auf längere Zeit erhalten solle. Wünsche, daß Gesandter im Haag noch einmal ersucht wird.“

In diesem Ebert-Wort läßt sich nicht drehen und deuteln. Der Herr Reichspräsident hat persönlich dafür gesorgt, daß die Hindernisse, die sich der Einreise Julius Barmats in den Weg stellten, beseitigt wurden. Herr Ebert trägt die volle Mitverantwortung dafür, daß die deutsche Bevölkerung mit Barmat beglückt wurde.

Im Namen desselben Herrn Ebert soll der Tscheta-Prozess vor dem Staatsgerichtshof gegen die SPD geführt werden. Von Herrn Ebert hat der Landgerichtsdirektor Bogt die Instruktionen empfangen, wenn es gegen die Kommunisten gehen sollte, zum Beispiel damals, als er den Ueberfall auf die kommunistische Reichstags- und Landtagsfraktion vorbereitete. Wir fragen uns und wir stellen diese Frage vor der gesamten werktaftigen Bevölkerung Deutschlands: Ist diese Republik überhaupt dazu legitimiert, irgend jemand wegen politischer Vergehen nachträglich ins Gefängnis oder ins Zuchthaus zu stecken? Die kommunistische Partei hat gegen Ende des vorigen Jahres als erste auf den unerhörten Barmatstandal aufmerksam gemacht. Die „Rote Fahne“ kann stolz darauf sein, daß sie die unermüdliche Kampagne gegen Barmat geführt hat so lang, bis auch der Staatsanwalt sich um die Dinge kummern mußte und die gemeingefährliche Gesellschaft festsetzte. Aber die politisch Verantwortlichen für den Barmatstandal wagen es, jetzt gegen die SPD den „Tscheta“-Prozess zu inszenieren.

Wie steht es mit dem Beweismaterial hüben und drüben? Im Tscheta-Prozess elend zusammengestoppelte Spikereien, die Fläschchen mit den Choleraabazillen des Herrn Vogt, der morderische Russe und der pathologische Kronzeuge der Regierung, der die 20 Attentate zu berichten weit, die angeblich von der SPD gewollt, aber niemals durchgeführt wurden, der tote Berliner Polizeispikler Kausch und die Spikel, die ihn aus dem Wege räumten.

Wie sieht es aber auf der anderen Seite mit den Beweisen

Haben wir auch in der großen politischen Barmatangelegenheit die indischen Chole-Abzinsen und die Einzelhandelsanteile...

Die Italienische Arbeiterbewegung steht sehr gut, das diese unerhörten Korruptionen...

Erstens muß der Reichspräsident Ebert, der Schirmherr Julius Barmats...

Die Arbeiterbewegung erklärt weiter: Das Gelingen zum Beispiel ist jetzt ein völliger Anjinn geworden...

Zum Schluß noch ein Wort an die sozialdemokratischen Arbeiter. Wir wissen sehr gut, daß von den Hunderttausenden Mitgliedern der SPD...

- Vor allem heißt es jetzt aber, alle proletarischen Kräfte zusammenschließen in den Betrieben und in den Gewerkschaften für die Befreiung des Tages...

Uthela-Epistelprozeß.

(Fortsetzung siehe Seite 2)

346 Mörder aus dem reaktionären Lager unbestraft herumlaufen.

Berner beweist die Tatsache, daß das Gericht ohne Beweiskraft...

Justizrat Fraenkl war auf das Außerliche betroffen, aber er hätte...

Auf die Rechtsanwälte Brandt, Loewenthal, Samter und Herzfeld...

Darauf zieht sich das Gericht zur Beratung zurück. Nach Wiedererscheinen verhandelt es...

daß der Antrag auf Ablehnung Niedrers abgelehnt sei. Niedrer übernimmt wieder den Vorsitz und erklärt...

Nach der Mittagspause soll sofort der Kronzeuge Felix Neumann vernommen werden. Es erfolgt jedoch ein von Fraenkl eingebrachter Antrag...

Hauptanfragefrage Neumann verkommen. Ueber seine wirren Aussagen über die SPD und ihre Politik werden wir noch ausführlich berichten...

sein Vater und ein Bruder von ihm geisteskrank seien. Sie selber hält er für vollkommen normal...

Eine Gbrike aus dem Barmatumpf. Höfje mit 175 000 Mark bestochen.

1000 proletarische Gefangene sitzen weiß sie für ihren Lebensunterhalt kämpfen. Minister oberste Sägen des Staates...

seiner Arbeit für Barmat aus Milderkeit begangen habe. ist ebenfalls als bestechender Agent...

Unter dessen demutiert der geliebte Fuohs Barmat höchste Staatsstellen der Begünstigung...

Aus den Reichstagsausschüssen. Die Immunität von Sedert und Pfeiffer aufgehoben!

Berlin, 11. Februar. Im Geschäftsordnungsausschuß des Reichstags wurde am Mittwoch die Beratung über den Haftentlassungsantrag...

Der Sozialdemokrat Landsberg wandte sich gegen die Aufhebung der Immunität, plädierte aber für Fortsetzung des Verfahrens...

Nach einem kurzen Schlusswort des Berichterstatters Rieker wurde der kommunistische Antrag auf Haftentlassung...

Damit sind also unsere Abgeordneten Seifert und Pfeiffer der Klassenjustiz ausgeliefert.

Arbeiterdemonstrationen gegen die Faschisten in Frankreich.

Unter dem Vorhoh des Generals Castelnau hatten sich gestern mehrere Tausend „Ratholiten“ in einem Theater in Marseille zu einer religiösen Kundgebung...

Massenverhaftungen in Polen.

In den Räumen des jüdischen Hausangestelltenverbandes in Warschau nahm die polnische Polizei eine Hausdurchsuchung vor...

Der Ausfall der südslawischen Parlamentswahl.

Nach den bisher vorliegenden Resultaten verfügt die Regierungskoalition über 162 Sitze. Die Opposition verfügt über 139 Sitze...

M E S S E N D 39

Die Yankees in Leningrad

Copyright by Moderner Verlag, Wien 1924

Arthur Rodefeller dreht sein Gesicht dem Meer zu.

Wir verlassen den „Torpedo“ in jenem verwünschten Augenblick als Bisk die Matrosen...

Reinigungsraum war entleert, weil er sich vor der Tochter des Senators erschreckt hatte.

Die Tochter des Senators war entsetzt, weil ihre letzte Hoffnung, die Waise zu finden, gescheitert war.

Bisk war entsetzt, weil er zugrunde ging.

Die Matrosen waren entsetzt, weil unter dem Deck ein neuzeitliches Geheul erkante...

Das Entsetzen des armen Dabu datierte schon von früher her, es entstand durch die persönliche Bekanntschaft mit dem Satan.

Was das Entsetzen des angeblichen Wassilow betrifft, so läßt sich dieser Punkt nicht wie die anderen...

Mr. Arthur Rodefeller - denn er war es - ergab sich reiflos und bedingungslos dem Willen des Zentralkomitees der Faschisten.

Er lag geduldig in einem engen, schwarzen Versteck, aus dem es scheinbar gar keinen Ausweg gab.

Lebte die Nahrung. Sobald „Torpedo“ eine Lagereise von Neuwort entfernt war...

Nachdem Rodefeller das alles angezogen hatte, schob sich die Wand wieder geräuschlos auseinander...

Im selben Augenblick erkante in der Doffnung eine trodene Stimme, die Rodefeller erstaunlich bekannt vorkam.

Die Zeit Ihres Wirkens ist gekommen, Mr. Rodefeller. Von nun an sind Sie der russische Kommunist Wassilow.

Bei diesen Worten verstummte die Stimme, und die Wand schob sich wieder zusammen.

kommen in die Tiefe zu sinken. Einen Augenblick darauf hörte die Bewegung auf...

Rodefeller verhielt sich, tral an den Spiegel und betrachtete sich von Kopf bis zu Füßen.

Rodefeller hielt ein zerkrümmtes Stück Papier in der Hand, auf dem mit Bleistift unorthographisch geschriebene Sätze standen...

Arthur Rodefeller trommelte wild gegen die Wand, aber keiner antwortete, kein Quack zeigte sich...

Er war auf alles gefaßt, nur nicht auf das, Er war bereit, hundertmal sein Leben zu opfern...

Die Faschisten werden schließlich wissen, was sie tun und nicht wird er diese Katja als Helfershelferin brauchen können...

(Fortsetzung folgt)

Die Konferenz für den Sowjetaufbau.

Moskau, 8. Februar.

Beim Präsidium des Zentralen Exekutivkomitees der Sowjetunion hat kürzlich eine Konferenz zur Erörterung der Fragen des Sowjetaufbaues stattgefunden. Diese Konferenz ist an und für sich schon von solcher Wichtigkeit, daß sie die allgemeine Aufmerksamkeit der Union auf sich zu lenken verdient. Im Mittelpunkt ihrer Beratungen stand nämlich die Beleuchtung der Arbeit des untersten Sowjetapparats. Die gegenwärtig von der Partei aufgestellten Forderungen und die von der Sowjetregierung durchgeführten Maßnahmen stehen in engstem Zusammenhang mit der Tätigkeit des untersten Sowjetapparats sowie dessen Fähigkeit, sie durchzuführen.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß sowohl im Zentrum des Landes als auch in der Provinz unser Sowjetapparat sich in letzter Zeit bedeutend verbessert hat. Eine Reihe von Tatsachen beweisen unumkehrbar, daß eine Verbesserung erzielt wird, daß der Apparat jetzt gleichmäßiger, mit größerer Bedachtsamkeit arbeitet und daß er die ihm gestellten Aufgaben rechtzeitig zu erfüllen lernt. Solche Kampagnen wie die Steuerlampagne oder zum Beispiel die Kampagne zur Vorbereitung von Saatfrucht für die von der Misere betroffenen Gebiete bekämpfen es unwiderlegbar. Aber es ist auch selbstverständlich, daß wir vor den bestehenden Mängeln unseres Apparats sowohl im Zentrum des Landes wie in der Provinz die Augen weder verschließen dürfen noch können.

Besondere Aufmerksamkeit muß der Arbeit der Dorfsowjets und der Bezirkssekretariate zugewandt werden. In der Stadt gelangt der unterste Sowjetapparat vor allem mit der organisierten Proletariermasse in Verbindung, die die Träger des Apparats in gewissem Sinne kontrolliert und beaufsichtigt. Auf dem Lande jedoch sind die Verhältnisse in dieser Beziehung ungünstiger. Und zur selben Zeit sind die Hauptaufgaben unserer Volkswirtschaft, unserer Politik gegenwärtig von der Bewirklichung der Aufgaben und der Fragen abhängig, die das Bündnis zwischen Stadt und Dorf ausmachen und die in erster Linie vom untersten Dorfsowjetapparat verwirklicht werden.

Die Bekämpfung des Bürokratismus, die Bekämpfung des Schlendrians und der Mißbräuche in unserem untersten Sowjetapparat muß mit besonderer Energie durchgeführt werden, denn gerade hier ist eine unmittelbare Verbindung mit der Masse vorhanden. Und jeder Mangel in der Arbeit und in der Tätigkeit dieses Apparats wird unmittelbar von der Bauernmasse empfunden. Die Losgerissenheit von den Massen, ein beamtenhaftes Verhalten der Masse gegenüber bildet eine der gefährlichsten und folgenschwersten Erscheinungen, die mit absoluter Entschlossenheit bekämpft zu werden verdient — und das Vorhandensein derartiger Erscheinungen wird schwerlich jemand bezweifeln wollen. Andererseits ist es sicher, daß diese Erscheinungen bei gehöriger Energie und Aufmerksamkeit in kürzester Frist überwinden werden können und müssen.

Die wirtschaftliche Wiederherstellung des Dorfes macht ziemlich rasche Fortschritte. Die Genossenschaftsorganisation ist im höchsten Maßstabe begriffen. Aber all diese Erfolge müssen organisatorisch gesichert werden, und das letztere ist nur mit Hilfe eines starken untersten Sowjetapparates zu erreichen möglich.

Der Sowjetapparat und besonders der unterste Sowjetapparat, muß unter der Kontrolle der Arbeiter- und Bauernmassen stehen. Seine Arbeit muß in solcher Weise geführt werden, daß die Massen zur Entscheidung der gestellten Aufgaben herangezogen werden, wobei natürlich eine bestimmte Linie einzuhalten wäre.

In dieser Beziehung sind gerade die Ortsorganisationen zweifellos an Erfahrungen reich genug, die ausgenutzt und der Allgemeinheit zugänglich gemacht werden müssen, von denen man lernen und auf deren Grundlage man die notwendigen Änderungen im Bereiche unseres Sowjetapparats unternehmen sollte. Die Massen der armen und mittleren Bauernschaft müssen zu dieser Arbeit an dem Aufbau des Sowjetapparats herangezogen werden, andererseits muß den Vertretern der Großbauernelemente, den Apparaten und seinen Beamten dem eigenen Interesse dienlich zu machen (und solche Tatsachen sind gleichfalls vorhanden) unbedingt ganz entschiedener Widerstand entgegengesetzt werden.

Die Parteiorganisationen, besonders die lokalen Parteiorganisationen müssen daher der Arbeit des untersten Sowjetapparats ihre besondere Aufmerksamkeit zuwenden. Sie müssen ihm beistehen, und zwar sowohl in der Wahl von Arbeitern als auch bei der Durchführung dieser oder jener Kampagnen. Aber sie müssen ihm bloß beistehen, keinesfalls ihn zu ersetzen suchen.

Im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der lokalen Parteiorganisation muß die Durchführung der unmittelbaren politischen Arbeit, der Aufgaben der Partei, die Verbesserung ihrer Parteiorganisation und sodann die Unterstützung des Sowjetapparats bleiben. Natürlich steht diese Arbeit im engsten Zusammenhang mit der Sowjetarbeit, sie ist mit dieser unauflöslich verbunden, doch sie erfüllt sie keineswegs. Das muß man unbedingt im Auge behalten! In der Provinz jedoch stoßen wir häufig auf die Tatsache einer derart irrtümlichen Auffassung, dergemäß die Parteiorganisation die Sowjetorganisation zu ersetzen strebt. Dabei muß sowohl die Parteiarbeit als auch die Sowjetarbeit zweifelsfrei Einbuße erleiden. Dieser Umstand muß besonders beachtet werden.

Die Ergebnisse der gegenwärtigen Konferenz werden für die fernere Verbesserung des untersten Apparats wie auch für die Ausarbeitung von Maßnahmen, die uns die Möglichkeit geben sollen, ihn wirklich zu verbessern, ihn den Massen noch näher zu bringen, elastischer zu gestalten, ihn von allem Bürokratismus, Schlendrian und Mißbräuchen zu befreien, ungeheure Bedeutung haben.

Das Hauptaugenmerk der Konferenz war auf die Lokalbereiche konzentriert. Über 500 Delegierte waren herbeigeeilt. Und das von ihnen mitgebrachte Material mußte den Konferenzbeschlüssen zugrunde gelegt werden, um uns die Möglichkeit zu geben, mit größerer Sicherheit und Klarheit die Hauptmaßnahmen zur Verbesserung unseres Staatsapparates zu bestimmen.

Der Siam-Vertrag — ein Eingeständnis der Ohnmacht.

Bei der Verhandlung des vorläufigen Handelsabkommens der Reichsregierung mit Siam kam es zu einem amüsanten häuslichen Streit in Lage, der deutschen Mächte-gemeine-Imperialisten. Die deutsch-nationalen Fraktionsführer erklärten, daß der von der deutsch-nationalen Regierung vorgelegte Vertrag „die Würde“ des bürgerlichen Deutschen Reiches schädige. Sie verließen den Sitzungssaal und taten so, als wollten sie gegen den Antrag ihrer eigenen Regierung stimmen, um schließlich — wie beim

Londoner Abkommen — dafür zu stimmen. Stresemann mußte als Außenminister erst den Deutschnationalen die bittere Wahrheit sagen: „man könne ja eigentlich gar nicht im Zweifel darüber sein, daß wir überhaupt nicht mehr ein souveräner Staat sind“, um das Mähen der deutsch-nationalen Demagogen zu beenden.

Worüber sich diese Demagogen „aufregten“ ist folgendes: Siam, ein in Hinterindien zwischen englische und französische Kolonien eingezwängtes Land, gehört zu jenen „Königreichen“, von England und Frankreich Gnade, denen formell die Unabhängigkeit belassen wurde, weil sich die imperialistischen Ränder über ihre gebietliche Aufstellung nicht einig werden konnten. Nichtsdestoweniger ist Siam heute noch eine Kolonie des westlichen Imperialismus. Ausländisches Kapital kontrolliert sämtliche Industriezweige und den Handel, ausländische Offiziere befehlen die Armee. Vor dem Krieg gehörte auch das imperialistische Deutschland zu den Mächten, die die Ausplünderung Siams mitbesorgten. Während des Krieges gehörte dann Siam zu den „Ententemächten“ und beschlagnahmte alles deutsche Eigentum.

Seit dem Kriege beginnt allmählich auch in Siam eine Bewegung, um sich von der imperialistischen Umarmung zu befreien. Wäre der deutsch-siamische Vertrag auch ein Zeichen

Zur Werbewoche vom 15. — 22. Februar 1925

Genossen! Funktionäre!
Habt Ihr getan, was Partei, Verlag und Redaktion von Euch gefordert haben?
Habt Ihr die Namen derjenigen Klassengenossen zusammengestellt, die während der Werbewoche aufgesucht werden müssen?
Denkt auch an die proletarischen Sportvereine, an die Freidenker usw.
Habt Ihr in der Geschäftsstelle schon angesetzt, wieviel Werbezeitungen, Plakate und Flugblätter Ihr benötigt?
Wenn Ihr das noch nicht getan habt, müßt Ihr es heute noch nachholen!
Denn in 3 Tagen beginnt die Werbewoche!

dafür, würden wir ihn natürlich begreifen, als ein Zeichen der Auflehnung einer Kolonie gegen den Imperialismus. Leider kommen aber heute noch die in einem solchen Vertrag für Siam festgelegten Vorteile nicht dem siamesischen Volk, sondern dem französischen und englischen Imperialismus zugute. Die ohnmächtige Wut der Deutschnationalen erklärt sich daraus, daß sie mit Siam, daß sie früher als Kolonie des deutschen Imperialismus betrachteten, ein Abkommen schließen müssen, in dem sie nicht nur auf alle imperialistischen Privilegien in Siam verzichten, nicht nur die orts- und nachträglichen Deutschen mit den „Gelben“ gleichsetzen, sondern wo überhaupt noch der siamesischen Regierung als einem „Siegerstaat“ in Deutschland besondere Vorrechte, besondere Entschädigungen usw. zuerkannt werden. Ein solcher Vertrag ist wirklich das symbolische Begräbnis des deutschen Imperialismus. Man denke: eine frühere Kolonie genießt jetzt besondere Vorrechte gegenüber Deutschland. Stresemann hat schon recht mit dem „Souveränen Staat“. Der Siam-Vertrag mahnt die Mächte-gemeine-Imperialisten daran, daß sie eben Sachverwalter einer Dames-Kolonie sind.

Eine Gleichstellung Siams mit Deutschland kraft eines revolutionären Bestimmungskampfes des siamesischen Volkes gegen den Imperialismus würden wir als eine Niederlage des Imperialismus und einen Fortschritt der Revolution begrüßen. So, wo es sich bloß um einen Vorstoß des westlichen Imperialismus unter siamesischer Maske handelt, vor dem Siam, Deutschland kapitulieren muß, stellen wir diese Tatsache zur Kennzeichnung der Lage Siam-Deutschlands fest.

Das Keilstreben gegen Cool und die Kommunisten.

(Von unserem Korrespondenten)
London, 9. Februar.
Die Kapitalisten Englands und ihre mächtige Presse sehen mit der größten Energie ihre Kampagne gegen den Sekretär der Bergarbeiterorganisation und Mitglied der Labourpartei Exekutiv, Cool, fort. Die Bourgeoisie glaubte, daß die letzte Exekutivung der Bergarbeiterorganisation dem „unverantwortlichen“ Generaldirektor die notwendigen Fesseln angelegt hätte. Hierin liegt sie sich getäuscht, ein Grund für gesteigerte Verluste, die rechten Elemente gegen die in der Entwicklung begriffene Linke zu stärken und zu unterstützen.
Zwei Dinge haben es der Bourgeoisie vor allem angetan: seine Rede zu den Bergarbeitern des Doncaster Reviers und sein Schreiben an die Konferenz der Minderheitsbewegung, zu viel für einen englischen Sonntag.
In der Rede erklärte Cool, daß er den Einzelstreik der Bergarbeiter möglichst verhindern wolle. Bevor die Bergarbeiter allein in den Kampf treten, sollen alle Bestände unternehmen werden, ein gemeinsames Vorgehen der Bergarbeiter mit den Eisenbahnern, Halben und anderen Arbeitern zu erzielen. Der Generalrat der Gewerkschaften soll versucht werden, von dem in den Fall übertragenen Maßnahmen Gebrauch zu machen.
Daß der Gedanke einer gemeinsamen Aktion für eine Verbesserung der Lebenslage von dem Sekretär des größten Gewerkschaftsverbandes in die Massen gedrungen wird, ist der Bourgeoisie und den rechten Führern ein Grauel. Dies um so mehr, als gleichzeitig auch die politische Forderung der Nationalisierung der Bergwerke und Eisenbahnen in den Vordergrund tritt. Ein Gewitter zieht langsam im industriellen England herauf. Wie stark die Entladung sein wird, läßt sich heute auch nicht annähernd beurteilen. Fast alle Gewerkschaftsbeamten sind Saboteure, ein Teil offene Gegner jeden Kampfes. Die Kampfpartei der Nationalisierung verliert die „echten“ Führer ebenfalls durch Propagierung der Verstaatlichung mit Entschädigung

zu umgehen. Shawell, früherer Staatssekretär für Bergwerke, tritt dafür ein, daß der Staat den Unternehmern die Bergwerke zum „Marktpreis“ abkaufen soll. Auch die Großgrundbesitzer, die von jeder Tonne Kohle eine Abgabe erhalten, will er entzünden. Der alte Smillie wendet sich gegen den letzteren Vorschlag, schweigt aber bezeichnenderweise zum ersten Mal.
Für die Bourgeoisie aber hat die Zurückweisung dieser Fragen das Ansehen, daß die britische Arbeiterklasse an diesen Lebensfragen in den Strudel eines großen wirtschaftlich-politischen Kampfes gezogen wird, dessen Schwerpunkt nicht im Parlament, sondern in den Fabriken, Bergwerken und der Straße liegt.

Es ist noch nicht die Frage der Revolution. Aber es ist schon der Punkt erreicht, wo die rechten Führer den Massen in einer ihnen verständlichen Weise demonstrieren müssen, daß sie nicht an der Seite der Arbeiterklasse kämpfen wollen. Darum die Wut gegen Cool, da er dazu beiträgt, daß die Rechten Farbe bekennen müssen.

Das Schreiben Cools an die Konferenz der Minderheitsbewegung, in dem er sich als Anhänger Lenins bezeichnet, hat die Presse wild gemacht. Wie kann der Generaldirektor eines großen Verbandes es wagen, die inoffizielle Opposition zu fördern! (In Deutschland hat die Bourgeoisie es leichter, hier werden solche Funktionen von den Paplow-Bismarck-Schiffel aus den Gewerkschaften ausgeschlossen. S. Red.)

Gleichzeitig legt in der konservativen Presse eine Seite gegen das von der AP und KY Englands aufgestellte Programm für die Soldaten ein. Der Versuch, die Armee zu zerlegen, wird als ein Teil der Arbeit für den Generalstreik bezeichnet, mit dessen Hilfe „Cool und seine Freunde die Industrie im Interesse einer ausländischen Macht ruinieren wollen“. Mit diesem Angriff verbindet die Presse die Aufforderung an die Regierung, das ihr bei den letzten Wahlen übertragenen Mandat auszuüben und gegen die Kommunisten einzuschreiten.
Wir zweifeln nicht daran, daß dies bald geschehen wird.

Die Offensive gegen die britische Arbeiterklasse.

Das umfangreiche Programm der britischen Eisenbahnerorganisationen für Lohnhöhungen und andere Verbesserungen ist von den Eisenbahnfirmen mit einer unerschämten Provokation, dem Vorschlag der Herabsetzung der gegenwärtigen Löhne um 4-6 Mark pro Woche, beantwortet worden. Dies hat in den Kreisen der gesamten Arbeiterklasse große Erregung hervorgerufen. Trotzdem wäre es verfehlt, irgendwelche Ereignisse in unmittelbarer Zeit zu erwarten. Es treten jetzt langwierige Verhandlungen vor den zentralen Verhandlungsinstanzen ein und während dieser Zeit droht den Arbeitern die größte Gefahr aus ihren eigenen Reihen durch die Politik ihrer Gewerkschaftsführer, der Thomas und Cramp.
In den maßgebenden Kreisen der britischen Industriellen gibt es gegenwärtig verschiedene Auffassungen über die beste Methode des Kampfes gegen die Arbeiterklasse. Ein Teil ist bereit, zu einem Gegenangriff auszuholen in der Hoffnung, den wichtigsten Gewerkschaften große Niederlagen zu bereiten, während ein anderer Teil dazu neigt, größere Auseinandersetzungen möglichst lange hinauszuschieben und die Politik gegenüber der Arbeiterklasse mehr mit Hilfe der rechten Gewerkschaftsführer zu führen.

Während ein Teil der konservativen Presse laut nach dieser Führung und einem aktiven Eingreifen schreit, ist ein anderer Teil, der die revolutionäre Wirkung eines solchen Eingreifens auf das Proletariat fürchtet und vorläufig noch auf den Einfluß der rechten Arbeiterführer vertraut, viel zurückhaltender.

In der Zeitung „Fortnightly Review“ wird über den Innenminister gesagt, daß er nicht nur zu positiver Reaktion neigt, sondern seine Aktivität übersteigt seinen Verstand. Auf sich selbst gestellt, ist er durchaus fähig, einen kolossalen Fehler zu machen!

Natürlich hängt die Entwicklung nicht allein von dem Willen der Unternehmer ab. In allererster Linie hat die Arbeiterklasse das Wort. Und oberflächlich betrachtet, hat es den Anschein, als ob die provokative Antwort der Eisenbahnmagnaten geeignet ist, die Front der Arbeiter zum Kampf zu schließen. Viele Anzeichen deuten aber darauf hin, daß die Unternehmer dies Angebot als ein strategisches Manöver betrachten, mit dessen Hilfe sie den Führern des Eisenbahnerverbandes ermöglichen wollen, die sich bildende Front der Arbeiter zu zerlegen. Die Kapitalisten rechnen offenbar damit, daß es Thomas und Cramp gelingen wird, die Arbeiter vom Kampf abzuhalten, wenn sie nach langwierigen Verhandlungen gegenüber dem vorgeschlagenen Abzug von 4-6 Mark pro Woche mit dem „Sieg“ der alten Löhne vor die Arbeit treten können, was natürlich bei der Steigerung der Preise aller Bedarfsartikel einer Senkung des Reallohnens gleichkäme.

Ob dieses Manöver gelingt, ist eine andere Frage.

Eine große Gefahr droht auch dem Kampf der Bergarbeiter. Die Bergarbeiterorganisation hat bei dem Generalrat der britischen Gewerkschaften, bei den Verbänden der Eisenbahner und Transportarbeiter Schritte zwecks gemeinsamen Vorgehens unternommen. Eine durchaus richtige Maßnahme. Wenn die leitenden Instanzen sich aber weigern — was anzunehmen ist — den Kampf gemeinsam zu führen, so werden viele Führer der Bergarbeiterorganisation unter Hinweis auf das Versagen einer gemeinsamen Aktion noch vom Kampf der Bergarbeiter abtraten. Es ist den Unternehmern kein Geheimnis, daß ihre ganze Anzahl Bürokraten bereit sind, auch den Achtstundentag zu akzeptieren, wenn sie es auch nicht wagen, damit herauszukommen. Auf der anderen Seite wäre selbst ein isolierter Kampf der Bergarbeiter durchaus nicht aussichtslos, da die Möglichkeit bestände, daß die Hafenarbeiter und Eisenbahner die Beförderung von Kohle ablehnen und die Metallarbeiter und andere Arbeitergruppen sich dem Kampfe zwecks Durchsetzung ihrer Forderungen anschließen würden, was praktisch auf die Lahmlegung der wichtigsten Industrien des Landes hinauslaufen würde.

Die Bergwerksbesitzer versuchen, die einzelnen Bergwerksdistrikte gegeneinander auszuspielen. Es ist anzunehmen, daß sie mit dem Vorschlag der Einführung des Achtstundentages für die hauptsächlichsten Exportgebiete Süd-Wales und Schottland mit etwa 400 000 Arbeitern (von 1 100 000) herauskommen, wohl wissend, wenn ihnen dieses gelingt, daß dann die anderen Bezirke ebenfalls geschlagen sind. Hieraus werden die Arbeiter sich nicht einlassen. Der Kampf im Bergbau dürfte kaum vermieden werden, da die Unternehmer die Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Mindestlohnes von der Einführung der Achtstundenschicht abhängig machen.

Die große Schwierigkeit für die britische Arbeiterklasse ist eine Frage der Führung. Die einander kreuzenden, sich widersprechenden Strömungen, die Schwäche unserer Partei, das Fehlen revolutionärer Traditionen trotz Führung großer Wirtschaftskämpfe, die Zersplitterung in über 1000 Gewerkschaftsorganisationen mit schwerfälligen, reaktionären, bürokratischen Apparaten, all dies ermöglicht es den rechten Führern, ihren verhängnisvollen Einfluß zum Schaden der Arbeiterklasse auszuüben.

Eine Hilfe für die Treibhauer Arbeiter.

Bei Eröffnung der letzten Stadtratsversammlung kam ein Antrag der Arbeitervereine (Enderung der Art der Kostendarbeit) der von den Kommunisten unterstützt wurde, zur Beratung. Die bürgerlichen Stadträte machten daraufhin ganz vergebliche Versuche. Da aber im Stadtratsraum die Kostendarbeiter vorerst nicht waren, wurde die Sache einstweilen abgelehnt und als leiner auf die Tagesordnung gesetzt.

Als erster Punkt kam der Etat des Jahres 1924 zur Beratung. Der 100000 Mark Defizit aufweist. Bei dieser Beratung ging es so zu, wie es das Treibhauer Stadtparlament bisher noch nicht erlebt hat. Genosse Kube zeigte dem Magistrat an Hand von mehreren Beispielen, welche unnötigen Ausgaben erspart werden könnten. Als nun auf Grund des Defizits die Gewerbesteuer erhöht werden sollte, stellten die bürgerlichen sich blödsinnige Anträge, daß während der Abstimmung die Sitzung auslos und in ein Kabaretttheater ausartete. Nach einer Pause von einer Viertelstunde konnte sie erst weitergehen. Die Abstimmung ergab Stimmengleichheit.

Nun begründete Stadtratsmitglied Spichale (SPD) den Dringlichkeitsantrag. Er forderte zwei Mark pro Woche und Kopf den Treibhauer und Kostendarbeitern auszugeben. Genosse Kube unterstützte sehr energisch diesen Antrag. Der Vertreter Weise (Deutschnational) sammelte, daß die Kostendarbeiter dadurch die Tarifforderungen erreichen würden und dies geschichtlich nicht zulässig wäre. Trotzdem wurde dieser Antrag einstimmig angenommen. Es wurde noch eine Kommission gewählt, welche die Lebensmittel- und Geldverteilung mit Hilfe des Treibhauer Rates vornimmt.

Die nächsten Punkte waren nicht besonders wichtig.

Breslau.

Der Tschelaprozess

Seine Ursachen, sein politischer Hintergrund und seine Wirkungen wird am Freitag in den Bezirksorganen behandelt werden.

Referenten sind:

- Ost: Gen. Smolka. — West: Gen. Kubert. — Süd: Gen. Glückauf. — Zentrum: Gen. Dombrowski. — Nordost: Gen. Belle. — Nord: Gen. Freudenreich.

Rein Genosse, keine Genossin darf fehlen.

Die Tagesordnung in sämtlichen Versammlungen, die in den bekannten Lokalen stattfinden, lautet:

1. Der Tschelaprozess und sein politischer Hintergrund.
2. Die Werbeweche.
3. Freie Aussprache.

Diejenigen Genossen und Genossinnen, die am Freitag nicht erscheinen und sich von den Vorbereitungen zur Werbeweche herumdrücken wollen, werden zur Verantwortung gezogen.

2840000 Mk. für Erweiterung der städtischen Elektrizitätswerke.

Der heute tagenden Stadtratsversammlung ist eine Vorlage zur Erweiterung der Elektrizitätswerke unterbreitet worden. Die Kosten sind auf 2840000 Mark veranschlagt worden.

Aus der Begründung des Magistrats, die er den Stadtratsmitgliedern vorlegt, ist u. a. folgendes zu entnehmen:

Nach den Betriebsaufzeichnungen trat am 18. Dezember 1924 die Höchstbeanspruchung ein. Die eine Leistung von 17925 kW erforderte. Im Jahre 1923 betrug die Höchstbeanspruchung 10815 kW, so daß demgegenüber im Jahre 1924 eine Mehrleistung von 66,8 Prozent zu verzeichnen ist. Nach den bisherigen Erfahrungen war auf eine durchschnittliche Jahreszunahme der Leistung von 18 bis 20 Prozent zu rechnen. — Von den 17925 kW entfielen einschließlich der Leitungs- und Umlaufverluste auf:

die Licht- und Kraftabnahme (Kleingewerbe)	18700 kW
den Straßenbahnbetrieb	2500 "
die Landversorgung und Großabnehmer	1685 "

Die Stromerzeugung im Monat Dezember 1924 betrug im	
Dampfkraftwerk Scheibenberg	4864242 kW
Wasserkraftwerk Silberober	1078700 "
Wasserkraftwerk Janowitz	278700 "
zusammen	5716642 kW

Im Dezember 1923 wurden erzeugt im	
Dampfkraftwerk Scheibenberg	8185846 kW
Wasserkraftwerk Silberober	420200 "
zusammen	8556046 kW

In der Stromerzeugung ist mithin gegen das Jahr 1923 eine Zunahme von rund 61 Prozent zu verzeichnen. Für die Stromerzeugung sind jetzt verfügbar im:

Dampfkraftwerk	35650 kW
Wasserkraftwerk Silberober	8400 "
Wasserkraftwerk Janowitz	900 "
zusammen	30950 kW

Diese Leistungen sind hinreichend, selbst wenn nur die Leistung im Dampfkraftwerk berücksichtigt wird, um auch im kommenden Jahre den weiteren Anforderungen zu genügen. Während der Höchstbeanspruchungszeit im Monat Dezember 1924 von Sonnenaufgang bis 7 Uhr abends hat sich dagegen gezeigt, daß die Maschinen der 5 Unterwerke, welche den vom Dampfkraftwerk am Scheibenberg und den von den Wasserkraftwerken Silberober und Janowitz gelieferten hochgeladenen Drehstrom von 5200 Volt in Gleichstrom von 2:220 Volt umformen, wie er im ganzen Stadtgebiet zur Versorgung der Licht- und Kraftabnehmer verwendet wird, nicht mehr — selbst unter Zuziehung der Reserve — mit voller Spannung abzugeben vermöchten. Dazu kam noch, daß einzelne Kabelstrecken für die Fortleitung des Stromes höhere Verluste bedingten, so daß bei den Abnehmern in einzelnen Stadtgebieten, namentlich in der Scheibniger Gegend, in der Ober- und Miltzowstadt die Betriebsspannung von 220 Volt auf 200 Volt und mehr herunterging. Dies verurlichte ein Dunkelwerden der Glühlampen und langsame Laufen der Motoren. Die Folge davon war der zahlreiche Eingang von Einsprüchen und öffentlichen Beschwerden in den Tageszeitungen.

Die Verwaltung war wohl auf eine normale Mehrleistung von 30 bis 40 Prozent vorbereitet, konnte aber keinesfalls mit der nachgefragten Zunahme von 66 Prozent rechnen. Um den gesteigerten Anforderungen im Dezember 1925 genügen zu können, müssen die Maschinenanlagen der fünf Un-

terwerke und das Kabelnetz verstärkt werden. Von der Verwaltung war bereits eine Verstärkung der Unterwerke für 1925 vorgesehen, indem schon im Juli 1924 für das Hauptunterwerk Kleine Odenstraße ein Motorgenerator für 1500 kW für das Unterwerk II Michaelisstraße ein solcher für 1000 kW und für das Hauptwerk am Scheibenberg ein ebenfalls für 1000 kW bestellt werden sind, die im April-Mai d. J. zur Anlieferung und Aufstellung kommen werden. Bereits waren bei der Aufstellung des Planes für 1925 acht weitere Kabel für die Verstärkung des Stromverteilungsnetzes vorgegeben worden.

Im Unterwerk II Michaelisstraße muß auch eine Verstärkung der Gleichstromkaltanlage vorgenommen werden. Gleichzeitig sollen zwei Umspanntransformatoren zur Aufstellung gelangen, um den von Janowitz kommenden Drehstrom von 10000 Volt auf 5200 Volt umzuwandeln. Ferner wird die Verlegung des im Straßenbahnhof Frankfurter Straße befindlichen Unterwerkes IV notwendig, da einerseits die Straßenbahn die Räume für eigene Zwecke beansprucht und andererseits für die auszuführenden Erweiterungen kein genügendes Platz vorhanden ist. Die Verhandlungen wegen des Erwerbes eines geeigneten Grundstückes sind im Gange, der Neubau wird voraussichtlich noch in diesem Jahre begonnen werden können. Der im Unterwerk IV aufzustellende Motorgenerator von 600 kW muß inzwischen behelfsmäßig in dem anliegenden Werkstattraum aufgestellt werden.

Von der Überlastung der Kabel und dem dadurch bedingten Spannungsabfall sind besonders die Umgebung des Königsplatzes, am Freiburger Bahnhof, die Scheibniger Gegend mit den Universitätskliniken, die Schleichwerder- und Rosenthaler Straße betroffen worden. Ferner sind Verstärkungen der Stromleitungen nach den Siedlungsdistrikten in Pöpelwitz und Gräbchen und Kürassierstraße notwendig.

Eine weitere Notwendigkeit ist die Verbesserung und Ergänzung der Hochspannungskaltanlage im Hauptwerk am Scheibenberg. Diese Arbeiten sollen schon vor zwei Jahren ausgeführt werden. Mit Rücksicht auf die Geldknappheit war aber die Ausführung zurückgestellt worden.

Um den weiteren Anforderungen, die durch die zunehmende Stromabgabe an das Hauptwerk gestellt werden, genügen zu können, müssen zwei Dampfessel von je 5000 Quadratmeter Heizfläche aufgestellt werden.

Die Kosten der Erweiterungen betragen sich wie folgt: Umspanneranlagen in den Unterwerken 310000 Mark, Umspannanlage im Unterwerk II Michaelisstraße 150000 Mark, Kabelverfestigung und Erweiterung in der Stadt 1250000 Mark, im Landgebiet 500000 Mark, Kaltanlage im Hauptwerk 250000 Mark, Kesselanlage im Hauptwerk 380000 Mark, zusammen 2840000 Mark.

Verantwortlich für den gesamten Text: Erich Glöckner, Breslau. Inserate: ... Müller, Breslau. — Verlag: Schlesische Verlagsgesellschaft, G. m. b. H., Breslau. Druck: Neubag-Berlin, Druckereliale Breslau.

Aus der Geschäftswelt.

Die Reklame kann in kurzer Zeit eine Ware bekannt machen und kaufen werden, die zu fassen, bemerkbar aber nur die Qualität der Ware. Ist die erstklassig wie bei der Feinstmargarine „Schwan im Blaубand“, so wird die Reklame hervorragenden Erfolg haben. Die Vorteile der Blaубand-Margarine sind mannigfaltig. Sie hat ein feines Aroma, einen reinen, frischen Geschmack und ist zum Kochen und für den Gebrauch in der Küche gleichermaßen geeignet dabei billig und sparlich im Verbrauch. Beim Einkauf von je einem Pfund Blaубand-Margarine erhalten Sie unentgeltlich die farbige illustrierte Zeitungszeitung „Die Blaубand-Woche“.

Man beachte die Inerale von „Schwan im Blaубand“.

Theater

Donnerstag, den 12. Februar 1925

Stadttheater
Ton aus dem großen Kofen

Rebetheater
Die tote Leinwand

Thalia-Theater
Die Falsche

Schauspielhaus
„Die Falsche“

Bühnen-Theater
Parasiten

Historisches Theater
Breslau 1848 wieder

Filmschau

für die Woche vom 6. Februar bis 12. Februar 1925

Ufa-Theater
„Die erziehe ich meine Frau“

Tauentzien-Lichtspiele
„Reinlich gegen Reinlich“

Ah-Lichtspiele
„Die große Kuppel-Woche“

Beh-Lichtspiele
„Schiff“

Promenaden-Theater
„Die Erbsengängerin“

Jupiter-Lichtspiele
„Auf den Bergen wohnt das Glück“

Theater des Nordens
„Das Geheimnis des roten Turmes“

Odeon-Kino
„Der Sonnenlampe von Paris“

Schauspielhaus

Operettenbühne
Zel. Ring 2545.

Täglich 8 Uhr:
In neuer Ausstattung.

Gräfin Mariza

„Denke an Olivier“

Verein zur Unterstützung unschuldig Inhaftierter

Donnerstag, den 12. Februar 1925
abends 8 Uhr

Große öffentl. Versammlung

im großen Saale des Schleichwerder

Tagesordnung:

1. „Mein Kampf m. Karl Dente“
Redner: Winzenz Oliver.
2. Was lehrt der Fall: Dente-Olivier-Trautmann? Redner: Wilhelm Gierpta.
3. Freie Aussprache.

Entrée-Geld: 50 Pf. Der Reingewinn ist für Winzenz Oliver, dem Entlarver des Menchemischlächters K. Dente bestimmt.

Mutters Gedanken.

Seit ich die Feinkostmargarine „Schwan im Blaубand“ kaufe, kann ich die Frühstücksbrote viel dicker bestreichen. Sie ist so preiswert, hat köstliches Aroma und feinen Geschmack.

Preis 50 Pfennig das Halbpfund in der bekannten Packung.

Schwan im Blaубand

Wir bitten, beim Einkauf von „Schwan im Blaубand“ das farbige illust. Familienblatt „Die Blaубand-Woche“ gratis zu verlangen.

Berichtungsständer.

Breslau für Genossen u. Genossinnen welche Bibliothekbücher besitzen, haben zwischen dem 15. und 18. Februar im Bezirksbüro abzugeben, anderenfalls müssen die Bücher bezahlt werden.

— Sonntag, den 14. 2. abends 7 Uhr Sitzung der Bezirkskommission.

— Die Erder sollen nicht anisarieller, welche Mitglieder der Kommunistischen Partei sind, haben Sonntag, 14. Februar 1925, abends 6 Uhr im Bezirksbüro anzufragen zu erscheinen.

— Bezirk Nord: Freitag, den 13. Februar, abends 7:30 Uhr im Lokal: „Herrn, Michaelisstraße 3, Scheibniger Gegend.“ Die Besprechung soll gegen 8 Uhr beginnen. Die Besprechung soll gegen 8 Uhr beginnen. Die Besprechung soll gegen 8 Uhr beginnen.

— Bezirk Süd: Freitag, den 13. 2. abends 7:30 Uhr Bezirksversammlung bei Schwara, Gohlfeld 27. Alle Genossen müssen erscheinen.

— Bezirk Ost: Freitag, den 13. 2. abends 7:30 Uhr Bezirksversammlung im Restaurant „Fru u. Fe.“, Tauentzienstraße 179. Alle Genossen der Ost- und Betriebsstellen haben pünktlich zu erscheinen. Referent anwesend.

— Bezirk West: Freitag, 13. Febr. Bezirksversammlung im Restaurant „Fru u. Fe.“, Tauentzienstraße 179. Alle Genossen der West- und Betriebsstellen haben pünktlich zu erscheinen. Referent anwesend.

— Freitag, 13. Februar abds. von 6-8 Uhr im „Herrn, Michaelisstraße 3, Scheibniger Gegend.“ Besprechung der Bezirkskommission. Jeder Genosse muß erscheinen.

— Sonntag, den 15. 2. bei Göbel, Reichender Str. Michaelisstraße 3. Am gelben Tisch. Besprechung der Bezirkskommission. Jeder Genosse muß erscheinen.

— Waldweg, Sonntag, den 15. 2. nach 2 Uhr im Lokal: „Herrn, Michaelisstraße 3, Scheibniger Gegend.“ Besprechung der Bezirkskommission. Jeder Genosse muß erscheinen.

— Sonntag, den 15. 2. nach 2 Uhr im Lokal: „Herrn, Michaelisstraße 3, Scheibniger Gegend.“ Besprechung der Bezirkskommission. Jeder Genosse muß erscheinen.

Circus Busch

500 Quadr. Loewen

Die größte Löwenrudel der Welt!

Besondere hervorzuheben:

Fütterung d. Bestien in der Manege!

Löwenkinderstube

12 Löwenbabys

Auße dem neuen Circusplan

Wasser-Manege-Schauspiel

Der Graf von Monte-Christo

mit Hansa-Cremas

Politischer Prozess

Opernkab. abends 7 u. 9 Uhr

In der Werbe-Woche

vom 15.—22. Februar kommt die

„Schlesische Arbeiter-Zeitung“

in jede Stube der werktätigen Bevölkerung. Denn wir erscheinen in verstärkter u. doppelter Auflage. Drum heißt es für die Geschäftsleute:

inferieren!

Achtung!

Niesky 02.

Die Ortsgruppe der RPD. veranstaltet am Freitag, den 13. Februar im Gasthof zur Krone-Neuhof einen

Proletarischen Abend

1. Teil: Referat über pol. Lage.
2. Teil: Revolutionsfärme.

Regitation / Musik u. Gesangsvorträge

Parteifreunde und Sympathisierende erscheint in Massen.

(Beginn 8 Uhr.) 97

Achtung!

Billige Fahrräder

von 78.— Mk. an.

Reparaturen sauber und billigst.

Reparatur-Merkblatt

Gellhornstraße 28.

Jedem vorwärtsstrebenden Arbeiter sind die Ankündigungen unserer Buchhandlung ganz besonders zu empfehlen.

Linen neuen Leser, Genosse

Genosse! Schlesischen Arbeiter-Zeitung

Sage jedem Geschäftsmann, wo Du kaufst, er hat zu inferieren in der Du nützt dann Dir und fördest Deine Presse!

Betrieb und Werkstatt

In die Mitglieder der Breslauer Betriebszellen!

Werte Genossen!

Wir beginnen am 15. Februar mit einer Werbewoche für die „Schleifische Arbeiterzeitung“. Es ist selbstverständlich, daß, wenn der Werbewoche ein Erfolg garantiert sein soll, die Arbeit in den Betrieben für unsere Zeitung mit verstärktem Maße aufgenommen werden muß. Über die Bedeutung der Werbewoche brauchen wir an dieser Stelle kein Wort zu verlieren.

Unsere Betriebszellen haben in der Woche vom 15. bis 22. Februar die Pflicht, ihre ganze Arbeit in erster Linie auf

Das Werben unserer Zeitung im Betriebe

elazustellen. Wenn wir von unseren Genossen, die nicht im Betriebe stehen, verlangen, daß sie in der Werbewoche mindestens einen Leser werben, so verlangen wir von den Genossen im Betriebe, daß sie

mindestens drei neue Leser

für die „Schleifische Arbeiterzeitung“ schaffen. Die Breslauer Betriebszellen müssen zur Organisierung der Werbewoche die erforderlichen Maßnahmen beschreiben.

Wir machen es ferner den Genossen der Breslauer Betriebszellen zur Pflicht, daß sie uns in den nächsten Tagen ausführliche Berichte über Vorkommnisse in ihren Betrieben einbringen. Wir werden dann im Laufe der Werbewoche, je nach Eingang der Berichte, eine halbe Seite oder mehr aus den Breslauer Betrieben bringen.

Wir erwarten also in erhöhtem Maße die Unterstützung der Breslauer Betriebszellen.

Mit kommunistischem Gruß!

Die Redaktion.

Schleifung in der Schleiferei.

Grüner & Knauth-Breslau.

(Von unserem Betriebsberichtersteller.)

In der Schleiferei von Grüner & Knauth merkt man es täglich, was es heißt, Prolet zu sein. Bei neunstündiger Arbeitszeit, in Staub und Schmutz, gehe ich am Sonnabend, bis auf die Knochen ausgelagert, mit 19 Mark im Lohnbeutel nach Hause. Davon soll Frau und Kind mit leben. Unter der Belegschaft herrscht über die „aristokratischen“ Lohn 50 Unzufriedenheit, aber leider gehen viele Kollegen nicht hinein, sondern heraus aus dem Verband. Kollegen, das ist falsch. Herein mit den vielen Indifferenten im Betrieb in den Verband. Dann wird die Organisation nicht mehr verlagert. Die Organisation sind wir Arbeiter selbst, nicht die Bonzen. Die Hungerlöhne, die jetzt an der Tagesordnung sind, die Schleiferei wird verschwinden, wenn wir zu 95 Prozent im Verbande sind.

Arbeiten bis zum Verrecken.

Schäfer & Schaal, Schmelzwerk-Breslau.

(Von unserem Betriebsberichtersteller.)

Arbeiten bis zum Verrecken muß man bei Schäfer & Schaal. Die Hölle ist eine Hölle. Nahezu 60 Prozent der Arbeiter erkranken an Bleikrankheit. Der Arbeiter, der bei größter Mühseligkeit und Dreck und giftigen Gasen arbeitet und noch Sonntagarbeit leistet, geht mit 25 Mark die Woche nach Hause. Überstunden sind an der Tagesordnung. Arbeit's'ore gibt es doch genug. Jeder, der diese Hölle einmal kennengelernt hat, will nicht mehr hinein. Denn hier geht man kaputt. Wehe dem armen Proleten, der Bleikrank wird. Nach 14 Tagen erhält er von der Firma die Kündigung, ist krank und erwerbslos und kann verrecken. Das Vermögen der Inhaber wächst von Jahr zu Jahr.

Macht's nach!

Melchiorgrube.

(Von unserem Betriebsberichtersteller.)

Der kommunistische Betriebsrat Karl Becker hat in den letzten Tagen 23 Kollegen für seine Gewerkschaft, den Metallarbeiterverband, gewonnen.

Die es Teilzeit gewerkschaftlicher Tätigen und gewerkschaftlichen Erfolgs zeigt wieder einmal die ganze Halslosigkeit von der Verleumdung der „Gewerkschaftsverfälschung“ durch die Kommunisten.

Gerade der Genosse Becker wurde von den Sozialdemokraten wegen seiner oppositionellen Stellungnahme dauernd als „Arbeiter-erschütterer“ und „Helfer“ bezeichnet.

Genossen in den Häften und Betrieben, folgt dem Beispiel des Genossen Becker und sorgt dafür, daß in allen Betrieben die Unordnung herrscht. Die Taktik ist: die Arbeiter in die Gewerkschaften einzulassen und diese zu Kampfinstrumenten der Arbeitermacht machen.

Für einheitlichen Kampf aller Arbeiter!

Der Kampfsong der Thüringer Betriebsräte zur Herstellung der gewerkschaftlichen Einheit, der am Sonntag, den 8. Februar, in Gotha stattfand, nahm folgenden Anlauf einstimmig an:

An alle Werktätigen Deutschlands!

In einer Stunde drohender Gefahr für das deutsche und Weltproletariat sind wir, die Vertreter der Werktätigen Großbritanniens, zu einer Konferenz zusammengetreten, um Mittel und Wege zu schaffen und auch Vorschläge vorzulegen, wie die den internationalen Kampf des Weltproletariats die einheitliche Kampffront des kämpfenden Proletariats entgegenstellt, die die Voraussetzung des Sieges der Arbeiterklasse ist.

Der Damesplan hat sich als ein Instrument der brutalsten Kapitaloffensive und der Arbeiter Deutschlands, in der

Folge, aber auch gegen die Arbeiter aller anderen Länder erwiesen.

In Deutschland stellt das schwerkapitalistische Monarchistenkabinett Luther, in England die offen imperialistische konservative Regierung, in Frankreich die immer weiter nach rechts räumende Regierung des „Linksblocks“ trotz aller ihrer imperialistischen Gegenstände eine einheitliche Kampffront her gegen die Arbeiter Deutschlands und der anderen Länder. Der Raub des Achtstundentages in Deutschland, die Kullilöhne der deutschen Arbeiter sind das Argument, mit dem die Kapitalisten die internationale Offensive gegen das Proletariat begründen. Immer drohender schließt sich der Ring der imperialistischen Räuber um den einzigen proletarischen Staat, um Sowjetrußland.

In Erkenntnis dieser Gefahren und der Notwendigkeit der Herstellung der einheitlichen Kampffront des internationalen Proletariats haben sich die Vertreter der englischen und russischen Gewerkschaften auf dem 6. Kongress der Gewerkschaften der Sowjetunion zu einem anglo-russischen Einheitskomitee zusammenschlossen, um die Einigung der internationalen Gewerkschaftsbewegung zu propagieren und vorzubereiten.

Das deutsche Proletariat ist in erster Linie an der Herstellung der Einheit der Gewerkschaften interessiert, denn die deutsche Regierung, die sich verpflichtet hat, Milliarden als Darlehen aus den deutschen Arbeitern herauszupressen, die daneben noch 715 Millionen aus der Tasche der Welttägigen der Schwerindustriellen Räubern zugekauft hat, gebt die Schraube des Lohndrucks, der Steuererhöhung, der Steuern noch fester anzuziehen.

Nur der einheitliche Kampf der arbeitenden Klasse kann den ausnahmslosen, strengen Achtstundentag, angemessene Löhne, die Kontrolle der Arbeiter, Angestellten und Beamten über die Produktion, die Einrechnung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß, alles das, was wir in den Forderungen des Gothaer Gewerkschaftstages aufgestellt haben, erzwingen.

Eine Niederlage der Breslauer Gemeindearbeiter

Was nun?

(Von unserem Betriebsberichtersteller.)

Wie bitter notwendig die Schaffung von kommunistischen Zellen in den städtischen Betrieben ist, beweist der Ausgang des Wahlkampfes, den die städtischen Arbeiter vor einigen Wochen begonnen haben und der jetzt mit einer Niederlage der Arbeiterschaft auf der ganzen Linie geadet hat.

Infolge der ungeheuren Preissteigerungen der Lebensmittel und Bedarfsartikel stellten die städtischen Arbeiter in Breslau, wie bekannt, eine Lohnforderung von 75 Pfennigen auf. Der bisherige Lohn betrug 53 Pfennig. Der Magistrat der Stadt Breslau, in dem bekanntlich auch Sozialdemokraten sitzen, lehnte die berechnete Forderung der Breslauer Gemeindearbeiter ab. Er verhängte sich hinter die Bezirksstadtsstelle und erklärte, nur die Löhne über die Forderungen der städtischen Arbeiter entscheiden. Es wurde nun die Bezirksstadtsstelle angerufen und diese lehnte die Forderung der städtischen Arbeiter ab. Sie mußte den Gemeindearbeitern zu sich mit einer Lohnhöhung von 6 Pfennig pro Stunde zufriedenzugeben. Festgestellt muß werden, daß in der Bezirksstadtsstelle neben 3 Arbeitgebern 4 Sozialdemokraten sitzen.

In der Funktionärversammlung wurde der Schiedsspruch einstimmig abgelehnt. Daraufhin erklärte der Magistrat, daß auch er den Schiedsspruch nicht annehmen könne. Der Antrag der städtischen Arbeiter wurde nunmehr dem Zentral-Ausschuss überwiegen, der nicht nur die Forderungen der Breslauer Arbeiter auf 75 Pfennig ablehnte, sondern den Gemeindearbeitern mit der Begründung ins Gesicht schlug, auch

50 Pfennig Stundenlohn sind zu hoch.

da in Breslau und in Schlesien keine Notlage vorhanden ist.

Eine ungeheure Erregung der Gemeindearbeiter war die Folge dieses Schiedspruches, und es wäre unpopulär zu einem Streit der Breslauer Gemeindearbeiter gekommen, wenn Magistrat, Sozialdemokraten und Verbandsbürokraten es nicht verstanden hätten, durch einen raffinierten Trick die Arbeiterschaft der städtischen Betriebe in Klassen zu halten und ihren Kampfwillen zu brechen. An Stelle einer Lohnzulage schlug der Magistrat den Gemeindearbeitern

eine sogenannte Dienstzulage

vor. Nach dieser erhalten ab 1. Januar 1925 alle über 24 Jahre alten Gemeindearbeiter nach einer zweijährigen Tätigkeit 2 Pfennig pro Stunde mehr. Nach einer Tätigkeit von 4 Jahren 4 Pfennig, nach einer Tätigkeit von 6 Jahren 6 Pfennig pro Stunde.

Eine größere Disposition der Gemeindearbeiter war kaum denkbar, denn diese angeblich so gerechte Dienstzulage wirkt sich praktisch als eine

schreiende Ungerechtheit aus.

einmal sind nahezu 50 Prozent der Gemeindearbeiter von jeder Lohnhöhung gegenüber völlig ausgeschlossen. Bei einem anderen erheblichen Teil ist die Lohnzulage von 2 bis 6 Pfennig pro Stunde ein jämmerliches Bettelgeld, aber das sollte an der Sache ist, daß Arbeiter, die ebenfalls leisten als ältere Kollegen, durch Zuschläge auf den Magen dafür bestraft werden, daß sie jünger sind, als ihre Arbeitskameraden. Nehmen wir an, daß ein Arbeiter mit 17 Jahren in den Dienst der Gemeinde trat, dann erhält er heute, trotzdem keinen Pfennig Zulage, während ein Kollege, der mit 22 Jahren Gemeindearbeiter wurde, 2 Pfennig Zulage erhält. Es ist klar, daß solche Dienstzulagen erprobte Praktiken des wilhelminischen Systems sind, sie sind bestimmt dazu, in den Arbeitern Beamtenhülsen zu erzeugen. Die älteren Kollegen von den jüngeren Kollegen zu trennen und einen geschlossenen Kampfwillen nicht aufkommen zu lassen. Der Magistrat handelte bei der Ausarbeitung der famolen Dienstzulagen nach dem Prinzip: „Teile und herrsche.“

Leider hat die Gemeindearbeiterschaft in Breslau in ihrer Gesamtheit den Gaunertick des Magistrats, der bestimmt war, die Gemeindearbeiter um ihren berechtigten Lohn zu pressen, nicht durchgesehen. In der Funktionärversammlung wurde unter dem Einfluß der Verbandsbürokraten der Kampf abgelehnt, und die Dienstzulage angenommen, nur 36 Funktionäre stimmten für den Kampf der Gemeindearbeiter. 91 Stimmen erklärten sich gegen die Aufnahme des Kampfes.

Um so schändlicher ist es, daß als die schärfsten Feinde der internationalen Einheit gerade die Führer des ADGB auftreten. Sie erlassen Aufrufe gegen „rechts“ und „links“. Sie propagieren die schwarz-rot-goldene Koalition mit der Bourgeoisie, sie legen ihre verbrecherische Spaltungsarbeit fort.

Angesichts dieser Lage dürfen wir nicht bei Worten stehen bleiben, sondern müssen einen Schritt weitergehen zur Organisierung der Einheit auf dem Boden des Klassenkampfes.

Arbeiter Tätigens! Nehmt überall Stellung in den Betrieben und Gewerkschaften, stellt die Arbeiter auf zum Kampf gegen die Lutherregierung, gegen die verräterischen Spalter der Arbeiterbewegung, für den einheitlichen Kampf. Wir bilden hier auf dieser Konferenz ein Komitee für die gewerkschaftliche Einheit. Kampf dafür, daß sich die Arbeiter in Betrieb und Gewerkschaften hinter dieses Komitee stellen!

Für die revolutionäre Einheit der Gewerkschaften!

Für den Achtstundentag, für angemessene Löhne!

Arbeiterkontrolle der Produktion!

Rote Betriebsräte in jedem Betrieb!

Fort mit der Lutherregierung!

Nieder mit den Spaltern!

Ser mit der Amnestie!

Für diese Forderungen rufen die in Gotha Versammelten alle klassenbewußten Arbeiter Deutschlands auf. Sie fordern dem englischen und russischen Proletariat ihre brüderlichen Grüße und geloben, alles einzusetzen dafür, daß das deutsche Proletariat wieder einheitlich mit dem roten Banner des Klassenkampfes gemeinsam mit seinen Klassengenossen kämpft gegen den gemeinsamen Feind, die internationale Bourgeoisie!

Es lebe die internationale Solidarität des Proletariats!

Auf zum Kampf, auf zum Sieg!

Von besserem Kampfsitz befehl war die kurz darauf folgende Mitgliederversammlung des Gemeindearbeiterverbandes, in der mit überwältigender Majorität der Kampf beschlossen wurde. Das war ein Schlag in das Kabinett der Verbandsbürokraten, die keinen Kampf, sondern auf alle Fälle Verständigung wollten. Sie arrangierten eine Abstimmung, in der die Gemeindearbeiter sich für oder gegen den Kampf entscheiden sollten, um den Widerspruch und den Jähren der Arbeiter über die insame Zustimmung seitens des Magistrats zu dämpfen, gaben sie ein Flugblatt heraus, in dem die Frage nicht gestellt wurde,

Kampf oder Nicht,

sondern in geschickter, raffiniertester Weise die Frage auf ein anderes Gleis geleitet wurden. Man suggerierte den Arbeitern, daß sie bei der Abstimmung sich gleichzeitig für Annahme oder Ablehnung der Dienstzulage entscheiden. Sie spezialisierten hierbei an den Einsichten der älteren Kollegen, welche 6 Pfennig pro Stunde mehr als bisher nach dem neuen Abkommen erhalten.

Wichtigsteig lehte die Hehe sozialdemokratischer Funktionäre gegen die Kommunisten ein, sie stellten, obwohl bereits festgestellt, daß der 50-Pfennig-Stundenlohn einstimmig von den Funktionären abgelehnt wurde, es so hin, als wenn die Kommunisten schuld daran wären, daß eine allgemeine Erhöhung des Stundenlohnes um 6 Pfennig nicht erreicht worden sei. Infolge dieser Manipulationen erreichten es die Bonzen, daß sich 50 Prozent der Gemeindearbeiter bei der Abstimmung gegen den Streik erklärten, 50 Prozent stimmten für den Streik, darunter aber auch ältere Kollegen, was kein schlechtes Zeugnis für den Kampfsitz und das Solidaritätsgelübde der Gemeindearbeiter mit ihren jüngeren Kollegen ist.

Natürlich war der Kampf der Gemeindearbeiter nach der Abstimmung verloren. In Mitglieder- und Funktionärversammlungen haben sich die oppositionellen Kollegen, besonders die Kommunisten, für den Kampf eingesetzt und vergeblich versucht, die Mehrheit der Arbeitskameraden von der Notwendigkeit des Kampfes zu überzeugen.

Es war vergeblich. Soll das ein Grund sein, um nun abseits zu stehen, auf die Streikgegner zu schimpfen, die Hand in die Hosentaschen zu stecken und — den Verbandsbürokraten das Feld zu überlassen?

Nein, Kollegen! Nun erst recht heran an die Arbeit!

Kein städtischer Betrieb ohne Betriebszelle! Das muß unsere Parole sein! Haben wir oppositionellen Kollegen auch noch nicht die Mehrheit für den Kampf gewonnen, so war es uns doch möglich, 50 Prozent für den Kampf zu begeistern.

Von unserer Arbeit wird es abhängen, diese 50 Prozent in eine Mehrheit von 90 Prozent zu verwandeln und aus dem Gemeindearbeiterverband eine scharfe Waffe für die städtischen Arbeiter zu schmieden.

Viele Streikbefürworter stehen jetzt abseits, weil der Verband trotz der Niederlage eine Beitragserhöhung vornimmt. Wir Kommunisten sind der Ansicht, daß der Augenblick für die Erhöhung nicht glücklich gewählt ist. Trotzdem treten wir, die man als „Gewerkschaftsgerötter“ verleumdet, für die Beitragserhöhung ein. Wir verlangen aber, daß die Beitragserhöhung benützt wird um erhöhte Kampfberettschaft zu erzielen.

Der Magistrat ist durchaus in der Lage, uns Gemeindearbeitern 75 Pfennig Stundenlohn zu zahlen.

Es hängt von uns ab, immer wieder von neuem die alte Forderung aufzustellen und für ihre Durchführung zu kämpfen. Auch unser Ziel, fort von den Eisenbahnerlöhnen, ist ebenfalls nicht erreicht worden. Eisenbahner wird wieder nach dem Maßstab der Eisenbahnerlöhne bezahlt. Weil die Eisenbahner durch das Preisgesetz zum Hunger verurteilt sind, sollen wir Gemeindearbeiter es auch sein. Soll es so bleiben? Nein, und nimmermehr! Darum hinein in den Verband, schafft Betriebszellen!

Und vor allen Dingen, Gemeindearbeiter, lest die kommunistische Presse und erfüllt eure Pflicht in der Werbewoche!

Jede Betriebszelle muß in der Werbewoche ihre Abonnenten verdoppeln!

Gewerkschaft.

Der „Zerthlarbeiter“ als sozialdemokratischer Klopffechter.

(Von unserem gewerkschaftlichen Mitarbeiter.)

Je mehr die Ebnucht und das Drängen der internationalen Arbeiterklasse um sich greift, desto wüthender und giftiger werden die Angriffe der Gewerkschaftsbürokratie gegen die Kommunisten. Kein Wunder, denn die Herren verhehlen sehr wohl, daß wenn die internationale Arbeiterklasse geschlossen ist, ihre Revolverrolle ausgeübt hat. So bringt das Organ des deutschen Zerthlarbeiterverbandes, der Zerthlarbeiter, einen langen Artikel über die Einheitsfront der SPD und der Rechtsradikalen. Darin wird ausgesprochen, daß die Realisten nach dem sie im Reich schon im Sattel sind, auch in Preußen durch Beistand der SPD, die die Braun-Seydewitz-Regierung gestützt hat, zur Herrschaft kommt. Was sind nun die Aufgaben? Aberall in der ganzen Welt tritt die Reaktion der Herrschaft an. Die Bourgeoisie fühlt sich jetzt so sicher, daß sie auf die Unterstützung der Reformisten verzichten kann. Sie legt zu ihnen: Du Mörder, daß deine Schuldigkeit getan, du kannst jetzt gehen! Und obwohl die SPD in Deutschland die stärkste Partei ist, wird sie von der Bourgeoisie wie blaue Luft behandelt. Die Schwarz-rot-goldenen Brüder der SPD, Zentrum und Demokraten gehen offen zu den Monarchisten über. Das Zentrum nimmt sogar an der Luther-Regierung teil. Eine reine Klassenfront entsteht; hier Bourgeoisie — hier Proletariat. Sie Kapital — die Arbeiter! Die reformistischen Gewerkschaften versuchen diese einzig mögliche Klassenfront zu zerbrechen. Die Wahllaufrufe des ADGB und des Labundes forderten auf, republikanische Parteien, d. h. auch Zentrum und Demokraten, zu wählen. Der ADGB erklärt in seinem letzten Aufruf, daß die Braunregierung, also eine Koalitionsregierung der liberalen Bourgeoisie mit den Reformisten, das letzte Bollwerk der Arbeiterklasse ist. Was ist eine Regierung? Sie ist der Ausschuß der herrschenden Klasse! Die herrschende Klasse in Deutschland ist die kapitalistische Klasse. Folglich muß jede Regierung nach der Weise verfahren und kugensförmig treten muß, begründet, daß die Regierungsbewehrung das deutsche Gemüt. Jeder Arbeiter in Langenbielau und Peterswaldau, der das Krauren seines Magens verdirbt und Kaugummi kauen muß, begründet, daß die Regierungsbewehrung keine Arbeiterregierung war. Anders die Leute, die wie die Gewerkschaftsbürokraten, Monatsgehälter von 300 bis 500 Mark beziehen, die Landräte, Bürgermeister, Aufseherämter würden, und die, wie der Fall Bader betrifft, direkt von der Bourgeoisie bestochen wurden. Diese Leute sind mit den Verhältnissen zufrieden, diese Leute haben das rebellierende Gefühl gegen die heutige Wirtschaftsordnung verloren. Können die Kommunisten im Ernst ihr Vertrauen einer Regierung ausdrücken, in der das Zentrum ist, das sich im Reich an der neuen Bundesregierung beteiligt, einer Regierung, die Tausende ihrer Funktionäre eingekerkert hat. Sie können es nicht. Und wenn die Reformisten fragen: Was nun, wenn die Reaktion die Zügel der Regierung ergreift, so werden wir sie an das Wort des geflohenen ADGB-Verbindenden, Wegle, erinnern, daß keine Regierung sich auch nur 24 Stunden am Ruder halten kann, wenn es der ADGB nicht will. Hier aber liegt der Hand begraben. Die Reformisten haben sich zu sehr Angst die Arbeiter, in den Kampf gegen die Regierung zu führen. Sie wissen, daß die Arbeiter dann über ihre eigenen Kräfte hinweg gehen werden. Daß das in der Tat der Fall ist, zeigt dieselbe Nummer des „Zerthlarbeiter“, S. 21, wo ein im Auftrag des ADGB herausgegebenes Buch über die Gewerkschaften im Ruhrgebiet besprochen wird. Es heißt dabei: Zum zweiten Male seit 1918 hatten die Gewerkschaften die deutsche Einheit (1) dieses deutsche Kapitalistenklasse geteilt... Jedesmal in einer günstigen Situation blieben die Führer der Gewerkschaften nüchtern und kühl. Die Bedeutung der nationalen Arbeit der Gewerkschaften trat dabei überaus hervor und gleichzeitig ergab sich eine beschränkte Wirkung der internationalen Fäden (S. 10).

Die deutschen Gewerkschaftsführer werden auch weiterhin nach wie vor mit in der Politik und nicht bleiben. Sie werden weiterhin der Hauptstütze jedes revolutionären Kampfes werden. So werden weiterhin das Wort Rosa Luxemburgs der Schlüssel sein: Die deutsche Gewerkschaftsführer die größten Schwächen der Weltgeschichte sind. Die hungernden Zerthlarbeiter oder die keine Barmann zu ihrer Jugend, werden den Kampf gegen das Kapital aufnehmen müssen. Deshalb müssen sie die reformistischen Gewerkschaftsführer erkennen und die Gewerkschaften wieder zu Organen des Klassenkampfes und nicht der Harmoniebefehle machen.

Abrechnung mit den Reformisten in Landeshut.

Zu einer gründlichen Abrechnung mit den Reformisten geht die am Freitag im Schichtsaal hiesiger Landeshuter Arbeitervereine. Nachdem der erste Punkt der Tagesordnung 700 Millionen für Grubensteuern und Schieber — für Wohnungsbau und soziale Zwecke, wegen Ausbleibens des Referendums gelassen werden mußte, wurden die Vorgänge im hiesigen Ortsausschuss und Zerthlarbeiterverband behandelt.

Die Gewerkschaften und Arbeiter wissen den zahlreich erschienenen, wer die Vertreter der Gewerkschaften und der Arbeiterfront des Proletariats sind.

Ausgehend von den hiesigen Artikeln, welche die Bergarbeiter bereits 1923 gegen die ungenügende Ortsleitung im Zerthlarbeiterverband veröffentlichte, bezogen die Redner, wie von den Gewerkschaften Frisch und Drieschner hinter den Rücken der Ortsverwaltung Verrechnungsergebnisse in den zum Jubiläum Landeshut geführten Orten Liebau, Polkenstein, Waldenburg und Linauer gemacht wurden. Während die Kollegen Liebau und Polkenstein den unzulässigen Plan der Frisch und Korfner erkannten und ablehnten, fielen die Waldenburger darauf herein. Es ist deshalb eine unerschütterliche Frage der Reformisten in Gewerkschaften und Parteiverfassungen, wenn besprochen wird, die Kommunisten können die einst so starke hiesige Landeshut zerlegen und den Arbeiterkampf preisgeben. Der Gewerkschaftsleiter Frisch war es, der in einer Funktionärskonferenz am 4. Januar 1923 vorträglich erklärte:

Wir müssen uns wieder zu einem Kapitalabschluss zu kommen, den Unternehmer entgegenkommen gegen nach eine längere Arbeitszeit (bis zu 54 Stunden) anbieten.

Und die Sozialdemokratie, Betriebsrat und Vorstandsmittelteil des Verbandes, hat es, welche entgegen ihrem eine Viertel Stunde vorher gegebenen Versprechen den Arbeiter des Schieferbetriebs in den Rücken fiel und länger arbeitete. Der auf 33 Stunden laufende Schichtplan des Sozialdemokraten Philip brachte dann vollends den Widerstand der Arbeiter zum Ausbruch. Nicht die kommunistische Ortsleitung, sondern der Vorstand der SPD ist es, hat in Landeshut den Arbeiterkampf zerlegt. Angezogen durch die in der Vergangenheit hat ein großer Teil der Arbeiter und Arbeiterinnen der Organisation den Rücken gekehrt. Unter dem Regime des vom Hauptvorstand diktorisch eingeleiteten und unter Vorsitz der Mitglieder eingeführten Nachfolgers des Kollegen Schütz, das Vertrauen zur Organisation noch weiter geschwunden. Und nun kommt das Schicksal. In einer Fraktionswahl der SPD Mitglieder des Verbandes, ohne Wissen um und unter Ausschluß der übrigen Mitglieder der anderen Verbände, wird die Wahl zur Ortsverwaltung vorgenommen. Selbstverständlich ein

großer Sieg der SPD, da ja niemand anders geladen war. Der Zentralvorstand (Hüblich, Zäckel, Feinbals), der sich vor Jahren nicht genug für Toleranz unter den Mitgliedern eingelassen konnte, bestätigt diese ungültige Ernennung. So wird die Demokratie, die Gleichberechtigung unter den Mitgliedern, bekräftigt. Wie beim Zerthlarbeiterverband, so auch im Bezirksausschuss des ADGB unter Leitung des bekannten Mierlich. In einer unter dem Vorsitz Mierlich abgehaltenen Fraktionskonferenz der SPD-Gewerkschaftler wird der „laubere“ Plan zur Erhebung des Ortsrats und der Vergebung der Vorstandsposten ausgearbeitet. Der selbständige Schneidermeister Altenberger, zugleich Vorsitzender des Mieterclubvereins, ist als Vorsitzender auserkoren. Derselbe Altenberger, der einem Mitgliede erklärte, seine Rechte gegen den Vermieter nicht verteidigen zu können, weil derselbe bei ihm arbeiten läßt, Korruption im Kleinen.

So leben die Erfolge und der Umschwung der Gewerkschaften zugunsten der SPD in Landeshut aus. Aber trotz der Mühen und Verdrehungen, die von diesen Berufsbeamten je nach Bedarf in jedem Orte anders vorgebracht werden (siehe Zerthlarbeitervermittlung Liebau im Falle Wittig), trotz Verneinung und Demütigung ist es unsere Pflicht, erst recht für den Eintritt in die Gewerkschaften zu arbeiten, um die unzulässigen Pläne dieser um Mierlich, Frisch und Genossen zu machen.

Nachfolgende Entschließung fand einstimmige Annahme: Die aus allen Berufsorganisationen besuchte öffentliche Versammlung der SPD, protestiert gegen das diktatorische Vorgehen des Bezirksleiters Mierlich-Breslau bei Bildung des

Ortsrats, bezogegen gegen die unter Ausschaltung der Mitgliedschaft erfolgte Ernennung des Ortsvorstandes und der Kartelldelegierten im Deutschen Zerthlarbeiterverband.

Bongenoffenbar im Deutschen Zerthlarbeiter-Verband

Aus Volkshain schreibt uns ein Arbeiter: Wie in vielen anderen Orten, so hat man auch hier über die Ortsleitungsgeschäfte hinter den Kulissen verhandelt, das zeigt folgender Vorfall:

Kollegen, unser Vorsitzender hat im Januar Antrag auf Einberufung der Generalversammlung, lokale Landesrat, gestellt, um auch die Neuwahl zu erledigen, worauf dem Kollegen sein Bescheid erging. Nun das Gemeinste: Dienstag wurde der Vorsitzende krank und Freitag, was der Geschäftsführer Schiede mit noch einem Bongen von Driegly (Drieglyner) da; diese schnappten sich sechs Schwarz-rot-gelbe Blüten, zogen in den grünen Baum und erledigten die Generalversammlung. Sie führten aus, es wird keine Versammlung mehr gemacht, weil die Opposition aufmücht, und zwei sind zu wenig organisiert, wegen den dreihundert Lohn es sich nicht. Es wurden dann sechs Mann gewählt (die sich selber wählten), welche immer nach Landesrat fahren müßten und die Wünsche rausbringen, die dann den Rat vom Geschäftsführer erhalten und wieder zurücklaufen. Eine feine Sache, Kollegen, nicht wahr? GewerkschaftsKollegen! Bei dreihundert Lohn es sich nicht, daß der Bongen runterkommt, aber zu sechs Schwarz-rot-gelben kommen zwei Bongen. Wer waren die Seiden? Böhm, Oetzer, Kurz Ostar und Genossen.

Zerthlarbeiter von Volkshain, wollt ihr dieses dulden? Verlangt die Einberufung der Generalversammlung!

Waldenburger Industriegebiet

Bergarbeiterelend im Waldenburger Revier.

(Von unserem Betriebsberichterstatler.)

Soweit man auf die Arbeiterbewegung im Bergbau im Waldenburger Revier zurückblicken kann, stets waren die Proleten am schlechtesten entlohnt, am meisten sklavieren in den Betrieben und am geringsten in ihren Interessen vertreten worden. Bedürfnislosigkeit, Demütigkeit und blindes Vertrauen bildeten und bilden noch immer die Eigenschaften, die eine Klärung in den Köpfen der Bergproleten erschweren. Ihre gewählten Führer, die bisher durch Phrasen, Schimpfen, und Gespinnst an die Wand malen einerseits und durch die Wahrnehmung der kleinen Schmerzen, in Klagenverfahren, Auskünften usw. andererseits, es verstanden haben, die rückständigen Arbeiter zu empören, stehen vor den Bankrot ihres Spiritus. Eine ständige Unmachtung ihres Geistes verstehen diese Sorte Führer noch abzuwenden durch Mittel, die ihr hohes Gehalt noch anzukönnen, erlaubt. Der offizielle Bankrott aber, so wie er in der Konferenz der Betriebsräte des Bergbaus am 9. d. März in der Stadtbrauerei zu Tag trat, läßt erkennen, daß die Berg-

Achtung! Waldenburg!

Die Bezirkskonferenz findet am Sonntag im Lokal „Glückhils“ Niederhermsdorf statt.

arbeiterchaft ihrem Schicksal überlassen bleiben soll. Die Tagesordnung sollte in der Erledigung die miserable Lage der Bergarbeiter und die Ohnmacht und Unfähigkeit der Gewerkschaftsführer auf. Zum 1. Punkt war der Antrag, die systematische Beschäftigung der Betriebsräte und die damit verbundene Anhebung der Arbeiter. Die Betriebsräte werden zur Bekämpfung ihrer Abteilungen nicht in dem erforderlichen Maße zugelassen, werden sabotiert, Jahrgänger in welchen Mißstände in den Abteilungen, die einer Regelung bedürfen, eingetragen werden, werden von den Revierebeamten nicht kontrolliert, werden nicht gelöst. Rechte der Betriebsräte im allgemeinen stehen nur auf dem Papier und Sicherheitsvorschriften werden in beinahe lächerlicher Weise behandelt. Lediglich eine Kritik am Reviereamt soll sein, wie es als Ergebnis des ersten Tagesordnungspunktes in dem Bericht von der Arbeitssammer zusammengefaßt werden kann: eine Aenderung herbeiführen. Wirtschaftsminister Braun, welcher vor kurzem mit eigenen Augen und sinnlicher Entwertung die Mißstände in den Betrieben beobachtet konnte hat viel Versprechungen gemacht aber noch nichts hören lassen. Hoffmann, dem es auch scheinend auch zu Herzen gehen mag will einen Protest loslassen (Front Heil!). Zu diesem Thema behandelte Hoffmann die Möglichkeit, eine Erleichterung für die Bergbauindustrie zu schaffen, damit es kann den Proleten besser gehen soll. Allerlei kläffende Gedanken sind von früher von Hoffmann fabriziert worden, wie Abwanderung vom Bergbau, damit der Rest einen Stuck auf die Unternehmer anschieben kann, oder das Kaufen von besseren Lebensmitteln, damit der Arbeiter fröhlicher sei usw. Die Unmenschlichkeit aber die, von einer bedenklichen Versteigerung sprechen den Gedanken noch nicht zu verstehen und so hoch er erneut aus seinem reichhaltigen Behälter von Wäßen einen Auszug. Eine Eingabe an das Ministerium um Ermäßigung der Frachten. In seiner Rede läßt Hoffmann das Leduera durchdringen, warum bei dem 750 Millionen-Gesamt an die Rahrindustrieellen nicht die schlechtesten Grubenbesitzer berücksichtigt worden sind — es hätte doch beigetragen, die Wirtschaftstform zu belibeln. Häßliche Worte also werden wiederum Hoffmann und Rumpanen wie die Löwen kämpfen um Erleichterungen für den hiesigen Bergbau im Aufbruch Reviereverhandlungen betreffend Tarifveränderung. Die Ministerien werden wahrscheinlich Hoffmann mit offenen Armen empfangen und sich entschuldigen über das Ausbleiben des Berichtes der Reviere, welche vor kurzem die Aufgabe hatten, im hiesigen Revier die Gewinn- der Grubenbarone zu prüfen, um festzustellen ob der Ertrag der Kohle und Rebenprodukte so gering ist, um eine Lohnabhebung der Arbeiter nicht ertragen zu können. Hoffmann sprach zum Abschluss den Redner und Instanz das Mißtrauen aus und gab unumwunden zu, daß bei einem realistischen Verhandlungsergebnis am Ende seines Rates angeordnet sei. Er lehnt für das weitere keinen Weg und keine Möglichkeit die trostlose Lage der Proleten zu beheben. Im weiteren Verlauf wurde die Arbeitzeit der Höchsten und Arbeiterarbeiter behandelt. Sie ge-

plante Wiedereinführung des Drei-Schichten-Systems wurde für den 1. März verlangt. Weitere Bedingungen wurden nicht gestellt, obwohl die Lage der Bergarbeiter im gesamten Revier, das Niveau eines Kulis in den Schatten stellt. Die Leistungssteigerung in allen Betrieben geht immer stärker ein. Das Dreischichten hat ungeheure Formen angenommen: Betrug an der Arbeitsleistung steht in höchster Blüte. Wegen schlechter Füllung der Wagen, unreinen Kohlen usw. unter diesen Vorwänden werden die Proleten um ihren Arbeitsvertrag gebracht. Strafen werden unter ausgeklügeltsten Vorwänden massenhaft vorgenommen. Seit 1. 11. 1924 besteht tarifloser Zustand und alles dieses in einer glorreichen Republik. Die Löhne zwingen die Arbeiter zu einem Hungerleben. Der Durchschnittslohn beträgt pro Schicht: Hauer 4,21 Mk., 1914 4,18 Mk., Schleppler über 20 Jahre 3,64 Mk., 1914 3,24 Mk. Gegenüber dem Ruhrgebiet im Durchschnittslohn ein Minus pro Schicht 3 Mark. Und was macht die SPD? Sie behauert lediglich die Einstellung der Revierebeamten und stimmt ein in das Jammergeschrei der Gewerkschaftsbürokraten. Ihr Kampf geht nicht in der notwendigen Form gegen das Kapital — sondern in erster Linie gegen die Opposition, die bei jeder Gelegenheit die verkäufliche Stellung der Bongen der Barmannpartei kennzeichnet. Waldenburg ist eine Hochburg der SPD. Proleten kämpft mit der Opposition. Eure elende Lage wird solange andauern solange ihr nicht bereit seid zu kämpfen solange euch Korruption, Betrug und Verrat besser schmecken als ehrlicher offener Kampf.

Versammlung des Mieterclubvereins in Nieder-Salzbrunn.

Am Freitag, den 6. Februar, hielt der Mieterclubverein im „Biechlag“ eine gut besuchte Versammlung ab. Geschäftsführer Auer hielt einen Vortrag über die Regierungsbildung im Reich und in Preußen und die Gefahren für die Mieterclubgebelbung. Ein etwa einhundert Ausführenden fanden alleseitig Zustimmung. Eine Ausrede darüber fand nicht statt. Nachher kamen die Mißstände in der Schlichtungsstelle Nieder-Salzbrunn zur Sprache. Seitdem das Wohnungsausschuss von Herrn Eckhoff und Direktor Saedler geführt wird, rufen die Klagen nicht ab. Herr Saedler macht sich besonders sein Amt als Vorsitzender der Mieterschiedsstelle sehr angenehm. Wenn Anträge seitens der Mieter eingehen, bleiben sie oftmals monatelang liegen, und dann wird — ohne die Mieter zu benachteiligen, — ohne die Hausbesitzer. Dabei kommt stets heraus, daß die Mieter niemals zu ihrem Recht kommen. Ein Fall ist besonders kurios. Eine Frau stellt einen Antrag bei der Mieterschiedsstelle wegen Verletzung ihres Miets. Der Hausbesitzer wird geladen und erklärt, der Dien ist geest und damit ist die Sache erledigt. Der Dien war aber nicht bei der Antragstellerin geest, sondern in der Wohnung des Hausbesitzers geest. Der Beamte der Gemeinde glaubt auch ohne weiteres, ohne sich von den Tatsachen zu überzeugen. Von Nieder-Salzbrunn sind wir allerdings in der letzten Zeit starkem Lohndrück gemacht, aber Ordnung herrscht bestimmt nicht in der Gemeinde. Es ist möglich, daß es jetzt wieder anders wird, nachdem der Amts- und Gemeindeprediger Paul wieder die Zügel in die Hand genommen hat. (Wie hieß doch die Partei des Herrn Saedler bei der Wahl? Schaff-Ordnung usw. usw. Kommunisten, überfällig!) Auch in der Wohnungscommission werden die tollsten Dinge geleistet. Herr Seiberg, das hiesige Mitglied, stellt Anträge auf Kartorhisen, und leider, ohne die Wirkung zu kennen, wird ein derartiger Antrag angenommen. Wir kommen in einem hiesigen, sondern Artikel auf dieses jammerliche Kartorhisen nach und in der Öffentlichkeit zu sprechen.

Alles in allem für heute können wir sagen, man muß bald andere Zustände im Wohnungswesen in Nieder-Salzbrunn Platz greifen, muß mit einem neuen Vertrag kommen. Die Ordnung, die jetzt vorhanden ist, ist ein jämmerliches Unordnung, wie sie früher war. Auch Herr Saedler, muß sich dringend ans Herz legen, sich etwas mehr für die gesetzlichen Bestimmungen zu vertiefen, es würde bestimmt nicht zu seinem Schaden sein. Die Versammlung hat einstimmig den Wohnungsbeschluss bekräftigt. Aus dem hiesigen Mieterschiedsstelle sind sich aus dem Verein gut gehen. Und zwar wegen der Erledigung, die er den Verein zuhause hat. Hoffmann und Genossen noch in einem Vereinsangelegenheiten erledigt, beabsichtigt, nach zu der Woche vom 15. bis 22. Februar die nötigen Vorkehrungen getroffen. Mieter von Nieder-Salzbrunn im Schlichte euch eng in der Mieterschiedsstelle, für die Anträge, die die dringenden Mißstände im Wohnungswesen abgeändert werden.

Achtung! Waldenburg! Am Sonntag, den 15. d. März, tritt die Bezirkskonferenz im Lokal „Glückhils“ in Niederhermsdorf statt. Die Tagesordnung ist: 1. Bericht über die Tätigkeit des Ortsrats. 2. Die Ausgaben der Partei. 3. Die Gewerkschaften werden ermahnt, die Mitglieder der Partei zu unterstützen. Die Ortsleitung